

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 16/75

Berlin

17. April 1975

42. Jahrgang

### Das Sozialprodukt der DDR

Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten zu vergleichen, wird im DIW seit langem das Sozialprodukt der DDR nach westlichen Methoden berechnet. Von Zeit zu Zeit ist eine grundlegende Aktualisierung der Schätzungen notwendig. Eine solche Neuberechnung konnte nun abgeschlossen werden. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeiten werden im folgenden vorgelegt<sup>1</sup>.

#### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Ost und West

Die Methoden der Sozialproduktrechnung unterscheiden sich in westlichen und östlichen Ländern zum Teil beträchtlich voneinander; immerhin sind sie auf beiden Seiten weitgehend vereinheitlicht. Die westlichen Industrieländer und auch die meisten Entwicklungsländer wenden das von den Vereinten Nationen empfohlene „System of National Accounts“ (SNA)<sup>2</sup> an, während die sozialistischen Länder, insbesondere die Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das „Material Product System“ (MPS)<sup>3</sup> benutzen.

Beide Systeme unterscheiden sich voneinander vor allem<sup>4</sup> in der Abgrenzung der Produktion: Während im westlichen Bruttosozialprodukt grundsätzlich alle wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgewiesen werden, soweit sie zu Umsätzen führen, zählt das MPS nur die Ergebnisse der (materiell) „produktiven Ar-

beit“. Dementsprechend sind im Nationaleinkommen (MPS) die meisten Dienstleistungen nicht erfaßt. Es fehlen Angaben für die folgenden „nichtproduzierenden“ Wirtschaftsbereiche:

Kreditinstitute und Versicherungen, Wohnungsvermietung, Sonstige Dienstleistungen (zum größten Teil), Staat (einschl. Gesundheits- und Bildungswesen), Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter, Außenhandelsbetriebe<sup>5</sup>.

Der Anteil dieser Bereiche am Bruttoinlandsprodukt betrug 1973 in der Bundesrepublik 26 vH<sup>6</sup>, in der DDR ist er nur wenig mehr als halb so groß. Der Beitrag der Wohnungswirtschaft ist dabei für die DDR mit Null angesetzt. Die wenigen für diesen Bereich veröffentlichten gesamtwirtschaftlichen Daten

<sup>1</sup> Im einzelnen werden Methoden und Ergebnisse im Herbst in einem Sonderheft des DIW veröffentlicht.

<sup>2</sup> United Nations: A System of National Accounts, New York 1968 (3. revidierte Fassung).

<sup>3</sup> United Nations: Basic Principles of the System of Balances of the National Economy, New York 1971.

<sup>4</sup> Die Unterschiede sind bis ins einzelne dargelegt in United Nations: Conceptual Relationships between the Revised SNA and MPS, New York 1970 (1. revidierte Fassung).

<sup>5</sup> Die Zuordnung der Außenhandelsbetriebe ist in der DDR anders geregelt als in den übrigen RGW-Ländern. Dort zählen sie zum produzierenden Sektor. Vgl. Heinrich Machowski: Der Außenhandel in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den RGW-Ländern. In: Beiträge zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen. Hrsg.: Förster/Lorenz, Berlin 1970, S. 279–295.

<sup>6</sup> Zu Preisen von 1967.

lassen keine genaue Berechnung zu, doch haben Schätzungen ergeben, daß die extrem niedrigen Mieten die entstehenden Kosten kaum decken.

Wenn die amtlichen Angaben zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR entsprechend der westlichen SNA-Methode umgerechnet werden sollen, besteht also das Hauptproblem darin, die Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche zu ermitteln und in das Zahlenwerk einzugliedern. Ferner müssen u. a. Doppelzählungen beseitigt und bei offensichtlichen Lücken in der amtlichen DDR-Statistik<sup>7</sup> entsprechende Ergänzungen eingefügt werden. Folgende Schätzungen waren am bedeutsamsten:

- Einbeziehung von Produktion und Beschäftigung in Bereichen, die in der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen werden. Es handelt sich um Rüstungs- oder strategisch wichtige Betriebe, Militär, bestimmte staatliche Institutionen usw. 1973 sind für diese Bereiche 540 000 Beschäftigte, d. h. 6 vH der insgesamt Beschäftigten anzusetzen.
- Eliminierung von Sprüngen in den Ausgangszeitreihen.
- Schätzung der Beiträge des nichtproduzierenden Sektors zum Bruttosozialprodukt.
- Aufgliederung der Industrie in neun Industriebereiche.

Einige wesentliche Schwächen der DDR-Statistik können beim gegenwärtigen Erkenntnisstand nicht beseitigt werden:

- Die DDR-Gesamtrechnung weist nur Produktionswerte zu vergleichbaren Preisen von 1967 aus. Da die Einkommen zu laufenden Preisen berechnet werden, ist allein für 1967 die Darstellung

eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs möglich.

- Es ist anzunehmen, daß die offiziellen realen Zuwachsraten überhöht sind, weil sie wahrscheinlich doch Preissteigerungseffekte enthalten.
- Die ausgewiesene Bereichsgliederung des Sozialprodukts ist verzerrt, weil eine spezielle Subventionsart, die „Verrechnungen“, in der DDR-Statistik nur global angegeben wird, obwohl sie den einzelnen Bereichen zugeordnet werden müßte.
- Die Zahlungsbilanz wird von der DDR geheimgehalten. Deshalb ist weder der Außenbeitrag zu ermitteln noch der Saldo der Einkommenstransfers zwischen der DDR und der übrigen Welt.

Die Ergebnisse der hier vorgestellten Sozialproduktschätzung müssen angesichts der oben beschriebenen statistischen Schwächen mit mehr Vorsicht verwendet und interpretiert werden als die Berechnungen für westliche Länder. Insbesondere bei einzelnen Teilaggregaten ist ein größerer Unsicherheitsbereich zu vermuten. Eine exakte Fehlerberechnung ist bei Schätzungen dieser Art nicht möglich.

#### **Entstehungsrechnung: Hohe Produktivitätsfortschritte**

1973 erwirtschaftete die DDR ein Bruttosozialprodukt von knapp 160 Mrd. Mark zu Preisen von 1967; zu jeweiligen Preisen waren es etwa 175 Mrd. M. Seit 1960 konnte ein jahresdurchschnittlicher realer Zuwachs von 4,5 vH erzielt werden, in den letzten

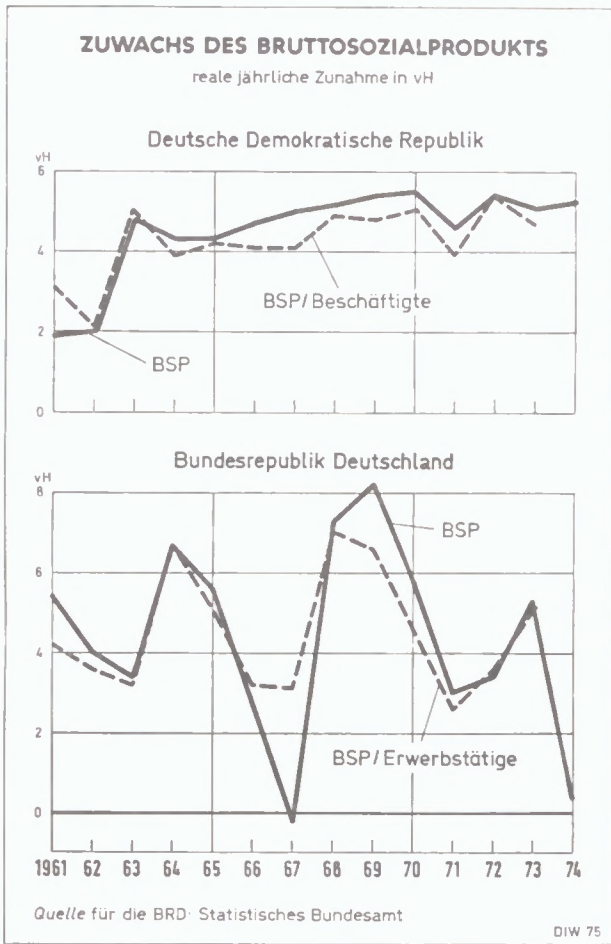
<sup>7</sup> Benutzt wurden zum weit überwiegenden Teil die Statistischen Jahrbücher, aber auch andere amtliche Statistiken und manchmal Einzelangaben aus der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur und der Tagespresse.

#### **Beiträge zum Bruttosozialprodukt der DDR**

in Mrd. M zu Preisen von 1967

	1960	1965	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	11,9	12,2	13,6	12,8	13,5	13,0	14,7	14,5
Warenproduzierendes Gewerbe . . . . .	51,3	64,2	76,2	81,4	86,5	91,2	96,0	101,6
Handel und Verkehr . . . . .	13,9	16,5	19,1	20,4	21,6	22,9	24,0	25,3
Dienstleistungen <sup>1)</sup> . . . . .	13,6	15,7	17,6	18,0	18,5	19,2	19,7	20,5
Bruttosozialprodukt <sup>2)</sup> . . . . .	90,6	107,4	124,1	130,8	137,9	144,2	152,0	159,8

<sup>1)</sup> Nichtproduzierender Sektor und „sonstige produzierende Zweige“. – <sup>2)</sup> Differenzen bedingt durch „Verrechnungen“, Generalreparaturen und Rundung.



zehn Jahren dann sogar 4,9 vH. Das Bruttosozialprodukt stieg damit mittelfristig ebenso rasch wie in der Bundesrepublik.

Das Schaubild macht aber deutlich, wieviel stetiger das Wachstum in der DDR verlief. Die Kontinuität des Wachstumsprozesses ist vor allem durch die stabile Entwicklung der Industrie<sup>8</sup> erreicht worden, die in der Bundesrepublik in besonderem Maße von konjunkturellen Schwankungen betroffen war. Die Zuwachsraten des Beitrags zum Bruttosozialprodukt lagen in der DDR zwischen 3,3 und 6,7 vH (BRD: – 2,4 bzw. + 11,5 vH). Da die Industrie 50 bis 55 vH des DDR-Bruttosozialprodukts erbracht hat (BRD: 45 vH), wirkt sich das auch gesamtwirtschaftlich stark aus.

Die DDR hat – ebenso wie die Bundesrepublik – den Leistungszuwachs mit nur relativ wenigen zusätzlichen Arbeitskräften erzielt; im Durchschnitt waren es von 1960 bis 1973 jährlich 0,2 vH mehr<sup>9</sup>. Allerdings verlief die Entwicklung nicht einheitlich:

Anfang der sechziger Jahre ging die Beschäftigtenzahl zunächst zurück, und erst 1967 wurde der Stand von 1960 wieder erreicht.

Im ganzen Untersuchungszeitraum sind dementsprechend in beiden deutschen Staaten die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte im Trend gleich hoch gewesen. Dabei waren die Chancen für Produktivitätssteigerungen in der DDR größer, denn dort ist der tertiäre Sektor, in dem die Arbeitsproduktivität jährlich nur um wenig mehr als 1 vH steigt, langsamer gewachsen als in der Bundesrepublik.

Wachstums-Spitzenreiter waren in der DDR vor allem die Bereiche<sup>10</sup> Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau und Chemie. Überhaupt wuchs der produzierende Sektor, mit Vorrang die Industrie, überdurchschnittlich rasch – entsprechend den oft erklärten Zielen der DDR-Führung.

**Realer Zuwachs einzelner Beiträge zum Sozialprodukt in der DDR**

	1963/73	1968/73
	Jahresdurchschnitt in vH	
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau .....	8,9	9,0
Bauwirtschaft .....	7,7	5,7
Chemische Industrie .....	7,3	7,6
Maschinen- u. Fahrzeugbau	7,1	6,4
Baumaterialindustrie .....	7,0	6,9

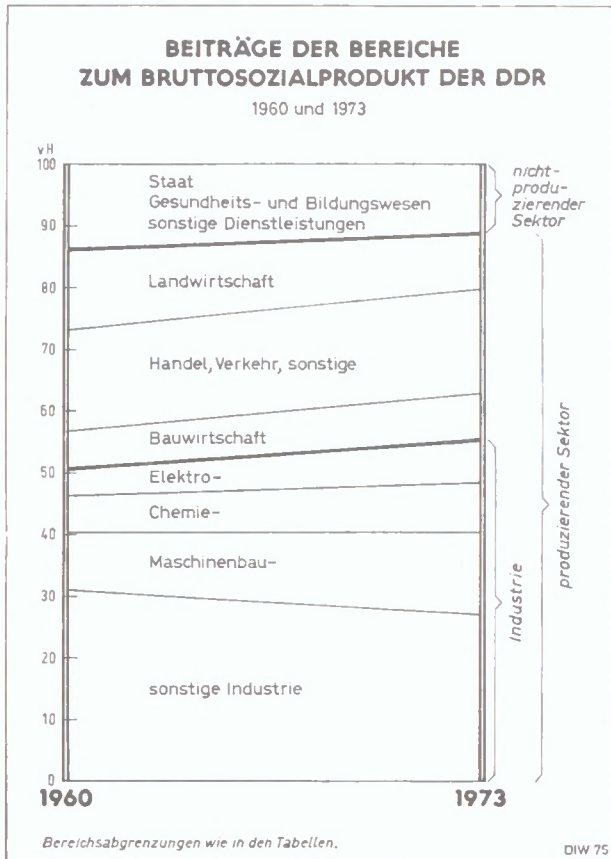
Ein gerade im Vergleich zur Bundesrepublik besonders geringes Wachstum ist beim Bereich Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft zu verzeichnen (1963/73 jahresdurchschnittlich 3,3 vH). Hier spiegeln sich langjährige Versäumnisse und daraus resultierende Engpässe wider.

Die Untersuchung der Wirtschaftsstruktur brachte ein unerwartetes Ergebnis: Das Gewicht der Dienst-

<sup>8</sup> Die Abgrenzung entspricht dem „Warenproduzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe“ der westdeutschen Statistik, schließt also Bergbau und Energiewirtschaft ein.

<sup>9</sup> Diese – wenn auch nur geringfügige – Zunahme der Beschäftigung wurde in der DDR über eine steigende Erwerbsquote erreicht, die 1973 auf dem international sehr hohen Niveau von 51,8 vH angekommen ist (1960: 49,9). In der Bundesrepublik hat vor allem der Zustrom ausländischer Arbeiter trotz sinkender Quote die Beschäftigungszunahme ermöglicht (Beschäftigtenquote hier 1973: 43,0; 1960: 47,1 vH, jeweils einschl. Ausländer).

<sup>10</sup> Die Bereiche sind entsprechend den Definitionen der DDR-Statistik abgegrenzt.



leistungsbereiche ist noch kleiner als früher angenommen worden ist. Ihr Beitrag zum Bruttosozialprodukt betrug 1967 nicht knapp 19 vH<sup>11</sup>, sondern nur gut 14 vH. In der Bundesrepublik lag dieser Anteil fast bei einem Viertel. Doch damit erschöpfen sich die Unterschiede nicht: In der Bundesrepublik nahm die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen kräftig zu, so daß der Anteil am Bruttosozialprodukt real annähernd konstant blieb. Für die DDR errechnet sich dagegen aufgrund schwacher Beschäftigungszunahme ein sinkender Anteil. Er nahm dort kontinuierlich von gut 15 vH auf 12,5 vH (1973) ab.

Zur Berechnung des Bruttosozialprodukts mußten auch Zeitreihen für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ermittelt werden. Die Tabellen zeigen die recht unterschiedlichen Produktionsbedingungen, die sich in der Ausstattung der Bereiche mit Arbeitskräften und Kapital ausdrücken. Vor allem machen sie aber deutlich, daß die Produktionszuwächse in sehr unterschiedlichem Maße von der Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität getragen wurden. Während z. B. in der Industrie insgesamt die Kapital-

Produktion und Produktionsfaktoren in der DDR 1973

	Bruttoinlandsprodukt		Beschäftigte 1000 Personen	Bruttoanlagevermögen in Mrd. M zu Preisen von 1962
	Werte in Mrd. M zu Preisen von 1967	Anteile in vH		
Industrie . . . . .	89,5	55,3	3 670	215,0
Energie- u. Brennstoffind., Wasserwirtschaft . . . . .	6,6	4,1	250	70,0
Chemische Industrie . . . . .	13,3	8,2	360	38,8
Metallurgie . . . . .	3,5	2,1	180	11,8
Baumaterialienindustrie . . . . .	1,8	1,1	100	7,6
Maschinen- u. Fahrzeugbau Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau . . . . .	21,8	13,5	1 070	34,6
Leichtindustrie . . . . .	11,1	6,9	530	12,7
Textilindustrie . . . . .	12,5	7,7	630	15,3
Lebensmittelindustrie . . . . .	5,5	3,4	270	9,3
Lebensmittelindustrie . . . . .	13,4	8,3	330	15,0
Bauwirtschaft . . . . .	12,1	7,5	640	9,8
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	14,5	9,0	950	43,5
Verkehr, Post- und Fern- meldewesen . . . . .	8,2	5,1	620	51,1
Binnenhandel . . . . .	17,1	10,6	870	17,0
Sonst. produzierende Zweige	2,0	1,2	220	2,2
<b>Produzierender Sektor . . . . .</b>	<b>143,5</b>	<b>88,7</b>	<b>6 970</b>	<b>338,6</b>
Geld-, Bank- und Versiche- rungswesen . . . . .	0,7	0,4	80	2,3
Dienstleistendes Handwerk . . . . .	1,0	0,6	70	2,5
Sonstige private Dienstleistl. Gesundheits- u. Sozialwesen	2,0	1,2	220	7,8
3,5	2,1	300	12,4	
Bildung und Wissenschaft . . . . .	4,8	3,0	450	14,1
Sonstiger öffentlicher Dienst . . . . .	6,4	4,0	610	74,3
<b>Nichtproduzierender Sektor . . . . .</b>	<b>18,5</b>	<b>11,3</b>	<b>1 820</b>	<b>113,5</b>
<b>Gesamte Wirtschaft . . . . .</b>	<b>161,9</b>	<b>100,0</b>	<b>8 790</b>	<b>452,1</b>

1) Bruttoinlandsprodukt ohne Abzug der Verrechnungen. —  
2) Bruttoanlagevermögen ohne Vermögen der Wohnungswirtschaft. — 3) Kapitalproduktivität und -intensität ohne öffentliches Tiefbauvermögen.

produktivität 1960 und 1973 fast gleich war, nahm sie in der Landwirtschaft mit einer Jahresrate von über 4 vH ab.

#### Verwendung des Sozialprodukts: Priorität für Investitionen

Die Verwendungsseite der Sozialproduktrechnung ist nur bedingt aussagefähig, weil die Konsistenz der

<sup>11</sup> Vgl. z. B. DDR-Wirtschaft — Eine Bestandsaufnahme, 1. Auflage. Hrsg.: DIW. Frankfurt/M. 1971, S. 99 und 275. Die Angaben schließen die sonstigen produzierenden Zweige in den Dienstleistungen ein.

**Produktion und Produktionsfaktoren in der DDR**

jahresdurchschnittliche Zuwachsraten 1960 bis 1973 in vH

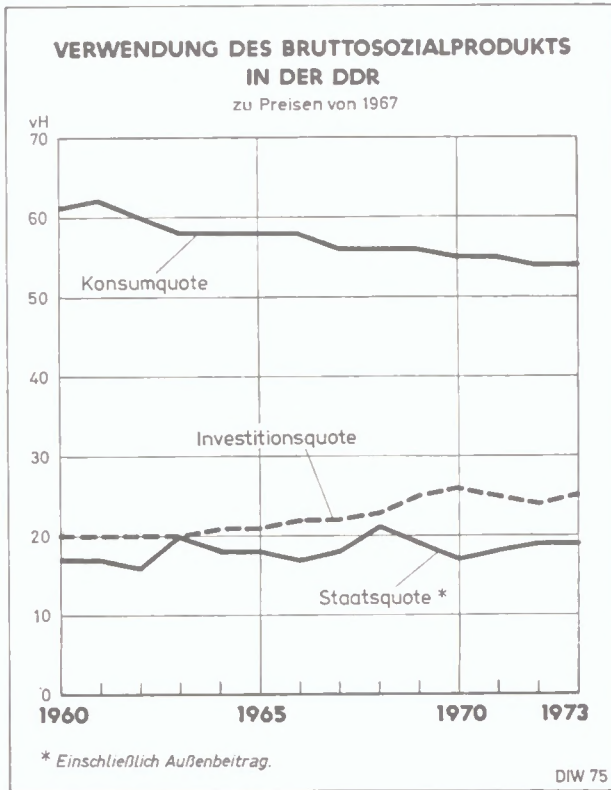
	Bruttoinlands- produkt	Beschäftigte	Bruttoanlage- vermögen	Arbeitspro- duktivität	Kapitalpro- duktivität	Kapital- intensität
Industrie . . . . .	5,3	0,2	5,0	5,1	0,2	4,9
Energie- und Brennstoffind., Wasserw.	2,6	- 2,2	3,3	4,9	- 0,7	5,6
Chemische Industrie . . . . .	7,2	0,6	6,4	6,6	0,7	5,8
Metallurgie . . . . .	3,7	0,5	6,4	3,3	- 2,5	5,9
Baumaterialienindustrie . . . . .	6,7	- 0,2	6,4	6,9	0,2	6,6
Maschinen- und Fahrzeugbau . . . . .	7,4	1,4	6,8	6,0	0,6	5,3
Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau . . . . .	8,6	2,1	8,7	6,5	- 0,1	6,6
Leichtindustrie . . . . .	3,2	- 1,0	4,8	4,3	- 1,5	5,9
Textilindustrie . . . . .	3,3	- 2,4	3,0	5,9	0,3	5,6
Lebensmittelindustrie . . . . .	3,6	0,5	4,8	3,1	- 1,1	4,3
Bauwirtschaft . . . . .	6,4	1,6	9,9	4,7	- 3,2	8,1
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	1,5	- 2,8	6,0	4,5	- 4,2	9,0
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen . . . . .	4,8	0,6	3,4	4,1	1,3	2,8
Binnenhandel . . . . .	4,7	- 0,4	5,2	5,2	- 0,5	5,7
Sonstige produzierende Zweige . . . . .	5,5	5,3	11,1	0,2	- 5,1	5,5
<b>Produzierender Sektor . . . . .</b>	<b>4,8</b>	<b>- 0,1</b>	<b>5,0</b>	<b>4,9</b>	<b>- 0,2</b>	<b>5,1</b>
Geld-, Bank- und Versicherungswesen . . . . .	3,0	1,8	0,4	1,1	2,5	- 1,4
Dienstleistendes Handwerk . . . . .	0,7	- 0,5	- 0,4	1,2	1,2	0,1
Sonstige private Dienstleistungen . . . . .	0,2	- 1,0	- 0,9	1,2	1,1	0,1
Gesundheits- und Sozialwesen . . . . .	4,0	2,6	4,9	1,4	- 0,9	2,3
Bildung und Wissenschaft . . . . .	4,1	2,7	5,0	1,4	- 0,9	2,3
Sonstiger öffentlicher Dienst . . . . .	3,1	1,8	1,3	1,4	- 0,9	2,3
<b>Nichtproduzierender Sektor . . . . .</b>	<b>3,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>- 0,1</b>	<b>1,5</b>
<b>Gesamte Wirtschaft . . . . .</b>	<b>4,6</b>	<b>0,2</b>	<b>4,0</b>	<b>4,4</b>	<b>- 0,1</b>	<b>4,5</b>

DDR-Angaben nicht überprüft werden kann und der Außenbeitrag von den DDR-Behörden geheimgehalten wird. Dennoch werden einige Grundzüge der realen Entwicklung (zu Preisen von 1967) seit 1960 deutlich: Der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt (Konsumquote) sank, während die Investitionsquote laufend erhöht wurde und der Staatsanteil<sup>12</sup> auf relativ hohem Niveau etwa konstant war. Demgegenüber blieb in der Bundesrepublik die entsprechende Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts in der Rechnung zu konstanten Preisen — abgesehen von konjunkturellen Schwankungen — während der ganzen betrachteten Zeit fast unverändert. In der DDR zeigt sich damit eine Entwicklung, die in der Bundesrepublik schon etwa zehn Jahre vorher stattgefunden hat: Auch hier war zu Beginn der fünfziger Jahre die Konsumquote erheblich höher als heute, während der Investitionsanteil am Bruttosozialprodukt noch niedrig lag. Im Zuge des Wiederaufbaus der Wirtschaft wurde ein überproportionaler Anteil des Sozialproduktzuwachses

für Investitionen verwendet, während der Privatkonsum langsamer stieg. 1950 lag die westdeutsche Investitionsquote bei 19 vH, 1955 bereits bei 24 vH.

In der DDR vollzog sich die Erhöhung der Investitionsquote unter anderen Prioritäten als in der Bundesrepublik: Die Bauten wurden zugunsten der Ausrüstungen vernachlässigt. Man strebt damit eine höhere Produktionssteigerung bei vorgegebenem Gesamtbudget für Investitionen an. Dieses Vorgehen betraf in überdurchschnittlichem Maß den Dienstleistungssektor und hier vor allem den engeren Bereich des Staates: Während die Bauinvestitionen insgesamt mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 5,8 vH zunahmen, waren es im nichtproduzierenden Sektor ohne Wohnungsbau und soziale und kulturelle Einrichtungen nur 1,7 vH; Behörden und sonstige staatliche Institutionen arbeiten noch mehr als alle anderen Wirtschaftsbereiche in überalterten Räumen.

<sup>12</sup> Einschließlich Außenbeitrag.



Der Rückgang der Konsum- zugunsten der Investitionsquote fand 1970 sein – bisheriges – Ende. Damals wurde die Erhöhung des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung zur „ökonomischen Hauptaufgabe“ erklärt. Eine Umkehr zur früheren höheren Priorität für die Investitionen wird zwar im Interesse des lang-

fristigen Wirtschaftswachstums in nicht allzu ferner Zukunft nötig sein, doch liegt die Investitionsquote im Vergleich mit anderen entwickelten Industriestaaten bereits in der Nähe einer Obergrenze, die dauerhaft zu überschreiten ökonomisch nicht sinnvoll ist.

Bei dem West-Ost-Vergleich der Staatsquote einschließlich Außenbeitrag ist zu berücksichtigen, daß sie in der Bundesrepublik ohne den hohen Außenbeitrag bei 15 vH und damit um 3 bis 4 Punkte unter der DDR-Quote liegt. Es ist anzunehmen, daß in der DDR der Außenbeitrag die Staatsquote nur wenig beeinflusst. Interessant ist auch ein Strukturunterschied zwischen West und Ost: Während in der Bundesrepublik 1973 etwa zwei Drittel des Staatsverbrauchs auf die Personalkosten entfielen, war es in der DDR nur etwa die Hälfte. Dieser Unterschied dürfte wesentlich auf das in der DDR vergleichsweise sehr niedrige Lohn- und Gehaltsniveau zurückgehen.

**Verteilung des Sozialprodukts:  
Niedrige und weiter sinkende Lohnquote**

Wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsverfassung in West und Ost ist es besonders problematisch, die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Haushalten, Unternehmen und Staat zu vergleichen. In der DDR gibt es heute so gut wie keine privaten Industrieunternehmen mehr. Eine Trennung zwischen Unternehmens- und Staatssektor ist bei der gege-

**Verwendung des Sozialprodukts**

	DDR				BRD	jahresdurchschnittlicher realer Zuwachs 1960/1973 in vH	
	Mrd. M zu Preisen von 1967		Struktur <sup>1)</sup> in vH		Struktur <sup>1)</sup> in vH	DDR	BRD
	1960	1973	1960	1973	1973		
Bruttosozialprodukt . . . . .	90,6	159,8	100	100	100	4,5	4,7
Privater Verbrauch . . . . .	54,9	85,9	61	54	57	3,5	4,8
Waren . . . . .	45,5	73,5	50	46	-		
Leistungen . . . . .	6,9	10,4	8	7	-		
Naturalverbrauch . . . . .	2,5	2,0	3	1	-		
Investitionen . . . . .	20,5	43,6	23	27	26	6,0	4,6
Bruttoanlageinvestitionen <sup>2)</sup>	18,1	39,6	20	25	25	6,2	5,0
Ausrüstungen . . . . .	8,9	20,9	10	13	12	6,8	6,1
Bauten . . . . .	8,0	16,3	9	10	13	5,6	4,0
Vorratsinvestitionen . . . . .	2,4	4,0	3	3	1		
Staatsverbrauch und Außenbeitrag . . . . .	15,2	30,3	17	19	17	5,4	4,3

1) Preisbasis 1967. – 2) Einschl. Generalreparaturen.

benen Gesellschaftsstruktur der DDR schon vom theoretischen Konzept her fragwürdig; in der Praxis ist sie beim gegenwärtigen Informationsstand unmöglich.

Die Zahl der Selbständigen (einschl. der mithelfenden Familienangehörigen) lag 1973 bei 230 000 Personen und ist damit seit 1960 auf weniger als die Hälfte gesunken; ihr Anteil an den insgesamt Beschäftigten beträgt jetzt nur noch 2,5 vH (BRD: 13,6 vH). Dementsprechend werden Einkommensbestandteile, die in der BRD Selbständigeneinkommen sind, in der DDR-Wirtschaft zum größten Teil als Einkommen des Staates erfaßt. Ein Sonderproblem stellt darüber hinaus der in der DDR viel größere Bereich der Genossenschaften dar. Die mitarbeitenden Genossenschaftsmitglieder sind nach westlichem Sprachgebrauch eindeutig weder als Selbständige noch als Arbeitnehmer zu klassifizieren.

Zu den methodischen Problemen tritt die Unzulänglichkeit der DDR-Quellen. Da der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen nicht bekannt ist, kann man das (SNA-) Volkseinkommen nicht berechnen. Nur das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen konnte geschätzt werden. Im folgenden werden die Einkommen deshalb zu der größeren Summe in Be-

zug gesetzt, die Quoten erscheinen somit kleiner als gewohnt.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, daß 1967 bei Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 56,6 Mrd. Mark die DDR-Lohnquote mit 53 vH um 3 Punkte niedriger liegt als die westdeutsche. Bedenkt man, daß damals die westdeutsche Rezession zu einer in der BRD um 1 bis 2 Punkte überdurchschnittlich hohen Lohnquote führte, so ist zunächst eine fast völlige Übereinstimmung in der DDR und der BRD festzustellen.

Die Lohnquote im engeren Sinn reicht jedoch nicht aus, um den Anteil des Produktionsfaktors Arbeit am Volkseinkommen zu bestimmen. Insbesondere bei zwischenstaatlichen Vergleichen muß die unterschiedliche Zahl der Selbständigen oder in Genossenschaften Tätigen berücksichtigt werden. Dazu eignet sich die Gegenüberstellung von Nettosozialprodukt einerseits und Bruttoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer plus Unternehmerlohn der Selbständigen andererseits (erweiterte Lohnquote)<sup>13</sup>. Diese Quote betrug 1967 in der DDR 64, in der BRD jedoch 70 vH.

Die grundlegend unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands haben also – wie zu erwarten – zu einer deutlich verschiedenen Verteilung der Erwerbseinkommen geführt. Zwar wird von östlicher Seite betont, der Sozialismus biete die Chance zu besonderer Förderung der Gemeinschaftsaufgaben, wie z. B. des Gesundheits- und Sozialwesens („lebensstandardwirksame gesellschaftliche Konsumtion“), doch ist zu bezweifeln, daß dieser Teil des Staatsverbrauchs in der DDR bereits ein hinreichendes Gewicht erlangt hat, um den Reallohnrückstand gegenüber der Bundesrepublik (1967 etwas über 40 vH<sup>14</sup>) zu verringern. Im Gegenteil, vie-

Verteilung und Umverteilung der Einkommen 1967

	DDR		BRD
	Mrd. M	vH	vH
<b>Primärverteilung</b>			
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen . . .	107,2	100	100
Anteil des Staates und der Unternehmen <sup>1)</sup> . . . . .	33,0	31	20
Anteil der privaten Haushalte (Bruttoeinkommen <sup>2)</sup> ) . . . . .	74,2	69	80
Einkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	56,6	53	56
Einkommen aus genossenschaftlicher und selbständiger Tätigkeit sowie Vermögen <sup>3)</sup> . . . . .	17,6	16	24
<b>Umverteilung</b>			
Bruttoeinkommen . . . . .	74,2	69	80
– Direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge . . . . .	13,9	13	20
+ Sozialeinkommen (Renten, Unterstützungen u. ä.) . . . . .	10,9	10	16
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte . . . . .	71,2	66	75
– Ersparnis der privaten Haushalte . . . . .	4,7	4	10
= Privater Verbrauch . . . . .	66,5	62	65

1) Anteil des Staates: vor allem indirekte Steuern; Anteil der Unternehmen: nichtausgeschüttete Gewinne. – 2) Einschl. Naturaleinkommen. – 3) Ohne nichtentnommene Gewinne.

<sup>13</sup> Für die Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder wird ein Unternehmerlohn in Höhe des durchschnittlichen Arbeitseinkommens der Arbeitnehmer unterstellt. Die darüber hinausgehenden Bestandteile des Selbständigeneinkommens werden demnach als Resultat des Kapitalbesitzes angesehen. Die Annahme eines bei Arbeitnehmern und Selbständigen gleichen Niveaus der Erwerbseinkommen ist allerdings willkürlich. Sollte für die Selbständigen ein höheres Arbeitseinkommen zu unterstellen sein, so würde die Differenz der erweiterten Lohnquoten von BRD und DDR noch größer. Vgl. Görzig/Kirner: Möglichkeiten und Grenzen einer mittelfristigen Einkommenspolitik im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Strukturforchung des DIW, Heft 25. Berlin 1973, S. 20 ff.

<sup>14</sup> Vgl. DDR-Wirtschaft – Eine Bestandsaufnahme. 3. neubearbeitete Aufl., Hrsg.: DIW. Frankfurt/M. 1974, S. 257.

les deutet darauf hin, daß in der Bundesrepublik Gemeinschaftsaufgaben insgesamt relativ besser wahrgenommen werden als in der DDR.

Während in der Bundesrepublik die erweiterte Lohnquote seit langer Zeit — bei konjunkturellen Schwankungen — auf einem gleichbleibenden Niveau verharrt, ist sie in der DDR ständig gefallen; die Steigerung der Arbeitsproduktivität lag stets höher als die Zunahme der Löhne und Gehälter. Für 1967 bis 1973 errechnet sich ein Rückgang der erweiterten Lohnquote um über 8 Punkte<sup>15</sup>. Im Unterschied zur Entwicklung in fast allen anderen Industriegesellschaften mußten also die Arbeitnehmer und sonstigen Beschäftigten der DDR eine ständige Abnahme ihres Anteils am Volkseinkommen hinnehmen. Ergänzend muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß in der Bundesrepublik die Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen stark zugenommen hat, so daß die Entwicklung der Nettoeinkommen in beiden Staaten weniger divergierte.

Ähnlich dicht beisammen liegen die Anteile des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt (1967: 65 zu 62 vH). Diese weitgehende Übereinstimmung erklärt sich daraus, daß einerseits aus den Netto-Erwerbseinkommen in der Bundesrepublik mehr gespart wird, andererseits der Anteil der Sozialeinkommen wesentlich größer ist.

Der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hat 1967 mit 7 vH nur zwei Drittel der in der Bundesrepublik realisierten Sparquote erreicht<sup>16</sup>. Die Sparquote hängt zwar auch vom Realeinkommen ab, doch selbst unter Berück-

sichtigung dieser Tatsache ist sie in der DDR 2 Punkte niedriger als in der Bundesrepublik.

### Zusammenfassung und Ausblick

Trotz der methodischen und statistischen Schwierigkeiten und der unvermeidlichen Unsicherheit in den Schätzungen können einige wichtige Ergebnisse der Neuberechnung des DDR-Sozialprodukts festgehalten werden. Das Bruttosozialprodukt wurde in der DDR und der BRD von 1960 bis 1973 in fast genau gleichem Tempo erhöht, aber in der DDR ohne Konjunkturschwankungen. Auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität war in Ost und West gleich groß. In der DDR ist der Beitrag des Dienstleistungssektors zum Sozialprodukt nur wenig mehr als halb so hoch wie in der Bundesrepublik; entsprechend mehr Gewicht haben Industrie und Landwirtschaft. Real nahm der Anteil des tertiären Sektors in der DDR sogar ständig ab, während er in der Bundesrepublik unverändert blieb.

Die Verwendung des Sozialprodukts war in der DDR bis 1970 geprägt vom Sinken der Konsumquote und dem Steigen des Investitionsanteils. Entsprechend änderte sich auch die Verteilung des Volkseinkommens: Die Lohnquote nahm ab. Im Zuge der konsumorientierten Politik seit 1970 hat sich diese Entwicklung verlangsamt, die Investitionsquote ging sogar wieder leicht zurück. Wenn jedoch das rasche Wirtschaftswachstum beibehalten werden soll, müssen auch die Investitionen schneller zunehmen. Es ist also zu erwarten, daß die Investitionsquote zumindest nicht sinken wird, während sich der Rückgang der Lohnquote fortsetzt.

<sup>15</sup> Annahme: jährlicher Anstieg des Preisindex für das Nettosozialprodukt um 1,5 bis 2 vH.

<sup>16</sup> Ohne nichtentnommene Gewinne.

# Löhne und Gehälter in West-Berlin 1973

## Ein interregionaler Vergleich

In jährlichen Abständen untersucht das DIW im Auftrage des Senators für Arbeit und Soziales, Berlin, die relative Einkommensposition der West-Berliner Arbeitnehmer – diesmal für das Jahr 1973. Vergleichsregionen sind wie in den Jahren zuvor die gesamte Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup> und der Stadtstaat Hamburg. Die Notwendigkeit einer regelmäßigen Beobachtung der Einkommensposition Berlins ergibt sich nicht zuletzt aus der stimulierenden Wirkung eines attraktiven Verdienstniveaus auf Zuzug und Verweildauer von Arbeitskräften.

Die Analyse konzentriert sich auf eine Betrachtung der Bruttoeinkommen, also der Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben Zuschläge aufgrund des Berlinförderungsgesetzes (§ 28): Unselbständig Beschäftigte erhalten eine steuerfreie Zulage in Höhe von 8 vH ihres Bruttoverdienstes zuzüglich 22 DM monatlich für jedes Kind.

### Gesamtwirtschaftliche Analyse

Mit dem kräftigen Wirtschaftswachstum im Jahre 1973 ging ein starker Anstieg der Arbeitnehmereinkommen einher: Die durchschnittlichen Verdienste nahmen in West-Berlin um 11,5 vH zu. Damit war der Einkommensanstieg um 0,5 vH-Punkte stärker als in Hamburg, jedoch um 1 vH-Punkt geringer als in Westdeutschland. Die bereits in den letzten beiden Jahren beobachtete Konstellation einer in West-Berlin günstigeren Einkommensentwicklung hat sich somit nur noch im Vergleich zur Hansestadt fortgesetzt. Mit 1610 DM lag das monatliche Bruttoeinkommen im Durchschnitt 1973 allerdings noch immer um 2,5 vH über den entsprechenden Einkommen in der Bundesrepublik (1570 DM). Gegenüber Hamburg (1730 DM) verkürzte sich der Rückstand auf 7 vH.

Die sektorspezifische Betrachtung zeigt, daß die Einkommensrelationen von Bereich zu Bereich

schwanken. Ein Einkommensvorsprung Berlins sowohl im Vergleich zur Bundesrepublik als auch gegenüber Hamburg ergibt sich einzig in den Bereichen Energie- sowie Land- und Forstwirtschaft, in denen insgesamt allerdings nur 1,5 vH aller West-Berliner Arbeitnehmer beschäftigt sind. Daneben zeigt sich ein Vorsprung nur gegenüber dem Bundesgebiet in den Bereichen Baugewerbe, Banken und Versicherungen sowie sonstige private Dienste. Ein deutlicher Rückstand gegenüber beiden Vergleichsgebieten besteht in den Bereichen Handel und Verkehr.

Abweichungen zwischen den regionalen Durchschnittseinkommen ergeben sich vornehmlich aufgrund zweier Einflußgruppen: einmal durch unterschiedliche Entlohnung gleicher Arbeitsleistung, zum anderen durch differierende Arbeitnehmerstrukturen.

<sup>1</sup> Einschließlich West-Berlin.

**Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen je Arbeitnehmer 1969–1974<sup>1)</sup> in Berlin (West), der Bundesrepublik<sup>2)</sup> und Hamburg**

Bruttodurchschnittseinkommen je Arbeitnehmer	DM						Berlin (West) in vH des Vergleichgebietes					
	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1969	1970	1971	1972	1973	1974
... in der Gesamtwirtschaft <sup>3)</sup>												
Berlin (West) . . . . .	1 009	1 145	1 293	1 441	1 610	1 760	100	100	100	100	100	100
BRD . . . . .	993	1 138	1 274	1 393	1 572	1 690	101,5	100,5	101,5	103,5	102,5	104
Hamburg . . . . .	1 112	1 255	1 412	1 556	1 730	-	90,5	91	91,5	92,5	93	-
... in der verarbeitenden Industrie												
Berlin (West) . . . . .	1 002	1 158	1 300	1 441	1 622	1 833	100	100	100	100	100	100
BRD . . . . .	1 057	1 221	1 352	1 480	1 658	1 874	95	95	96	97,5	98	98
Hamburg . . . . .	1 198	1 382	1 553	1 707	1 923	2 167	83,5	83,5	83,5	84,5	84,5	84,5

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Einschließlich Berlin (West). – 3) Durchschnittseinkommen errechnet aus den Ergebnissen der ersten 3 Quartale.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

**Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Berlin (West), der Bundesrepublik und Hamburg im Jahre 1973**

Wirtschaftsbereich	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	BRD	Hamburg	der BRD			von Hamburg		
				unbereinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>		unbereinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>	
				Untergrenze	Obergrenze		Untergrenze	Obergrenze	
<b>Produzierender Bereich</b>									
Land- und Forstwirtschaft	1 344	991	1 293	136	.	.	104	.	.
Energie und Bergbau . .	1 940	1 845	1 890	105	99	104	103	103	104
Verarbeitendes Gewerbe . .	1 571	1 587	1 836	99	101	101	86	91	91
Baugewerbe . . . . .	1 922	1 669	2 159	115	115	115	89	89	90
<b>Verteilender Bereich</b>									
Handel . . . . .	1 175	1 252	1 437	94	95	97	82	85	86
Verkehr . . . . .	1 598	1 655	1 826	97	99	99	87	89	89
<b>Dienstleistungsbereich</b>									
Banken u. Versicherungen	1 805	1 585	1 814	111	111	111	97	97	97
Sonstige private Dienste	1 233	1 109	1 258	111	.	.	98	.	.
Öffentliche Dienste . . .	2 008	2 032	2 123	99	101	101	95	94	95
<b>Alle Wirtschaftsbereiche . .</b>	<b>1 610</b>	<b>1 572</b>	<b>1 730</b>	<b>102</b>	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>93</b>	<b>92</b>	<b>93</b>

1) Bereinigung nach den Merkmalen Stellung im Beruf, Geschlecht und – für die Gesamtwirtschaft – Wirtschaftsbereiche.  
 Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Landesamt Haburg; Berechnungen des DIW.

Um das Ausmaß unterschiedlicher Bezahlung gleicher Arbeitsleistung zu bestimmen, müßten grundsätzlich alle Struktureinflüsse eliminiert werden. Die Analyse muß sich indes auf die Strukturbereinigung nach drei wesentlichen – statistisch erfaßten – Merkmalen beschränken. In kumulativen Schritten werden nacheinander die Einflüsse regional unterschiedlicher Zusammensetzung der Arbeitnehmer nach ihrer Stellung im Beruf, ihrem Geschlecht sowie nach ihrer Verteilung auf Wirtschaftszweige ausgeschaltet.

Bei einer Bereinigung der interregionalen Einkommensdifferenzen um den Einfluß unterschiedlicher Arbeiter- bzw. Angestelltenquoten verringert sich der Vorsprung Berlins gegenüber dem gesamten Bundesgebiet von 2,5 vH auf rund 0,5 vH. Im Vergleich zu Hamburg zeigt sich jedoch ein günstigeres Bild: Der Einkommensrückstand West-Berlins von 7 vH reduziert sich auf 6 vH. Eine gegenüber beiden Vergleichsregionen verbesserte Situation ergibt sich für West-Berlin bei der zusätzlichen Eliminierung regional differierender Frauenbeschäftigung. Der Vorsprung zur Bundesrepublik erhöht sich wieder auf rund 2,5 vH; im Vergleich zu Hamburg reduziert sich der Rückstand weiter auf 4 vH. Wird auch der dritte Faktor – die Struktur der Wirtschaftsbereiche – in die Betrachtung einbezogen, so ergibt sich mit 2,5 vH Vorsprung gegenüber dem Bundesgebiet und 7,5 vH Rückstand zu Hamburg ein Resultat, das fast genau dem unbereinigten Ausgangsergebnis entspricht.

Zusammenfassend läßt sich der jeweilige Einfluß der untersuchten Strukturmerkmale auf das Durchschnittseinkommen in West-Berlin wie folgt charakterisieren:

- Die hohe Angestelltenquote in West-Berlin – Angestellte verdienen im Durchschnitt mehr als Arbeiter – wirkt sich nur im Vergleich zur Bundesrepublik begünstigend auf das durchschnittliche Einkommensniveau aus, da die Hamburger Quote noch über der Berliner liegt.
- Der relativ große Anteil der durchschnittlich weniger als Männer verdienenden Frauen an der Zahl der Arbeitnehmer führt zu einem geringeren Durchschnittseinkommen in Berlin.
- Die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wirkt sich allein gegenüber Hamburg signifikant positiv auf das Berliner Einkommensniveau aus.

**Industrie**

In der verarbeitenden Industrie Berlins stieg das Lohn- und Gehaltsniveau im Jahre 1973 etwas schneller als in der Bundesrepublik; gegenüber Hamburg ergab sich Gleichschritt in der Einkommensentwicklung. Damit zeigte sich bei den industriellen Arbeitnehmereinkommen ein anderes Bild als bei den gesamtwirtschaftlichen.

Das Bruttomonatseinkommen je abhängig Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie expan-

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der verarbeitenden Industrie in Berlin (West), der Bundesrepublik und Hamburg 1973

Industriegruppe/-zweig	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	BRD	Hamburg	der BRD			von Hamburg		
				unbereinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>		unbereinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>	
					Unter- grenze	Ober- grenze		Unter- grenze	Ober- grenze
<b>Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie</b>									
Seide und Erden . . . . .	1 965	1 863	2 147	105	103	104	92	85	88
Eisen, NE-Metalle <sup>2)</sup> . . . .	1 740	1 832	2 009	95	99	99	87	91	91
Chemie . . . . .	<sup>3)</sup> 1 855	2 019	2 025	92	94	96	92	96	97
Sägewerke u. Holzverarb. .	1 969	1 501	1 451	131	133	133	136	132	134
Gummi und Asbest . . . . .	1 356	1 661	1 712	82	85	86	79	82	83
<b>Investitionsgüterindustrie</b>									
Stahl- u. Leichtmetallbau	1 967	1 911	2 075	103	104	104	95	95	96
Maschinenbau <sup>4)</sup> . . . . .	1 840	1 757	1 942	105	107	107	95	98	98
Straßenfahrzeugbau . . . .	1 638	1 907	1 702	86	87	88	96	98	99
Elektrotechnik . . . . .	1 588	1 606	1 833	99	101	101	87	99	100
Feinmechanik und Optik .	1 490	1 464	1 526	102	102	103	98	102	103
Stahlverformung und EBM-Waren . . . . .	1 533	1 559	1 628	98	100	101	94	95	97
<b>Verbrauchsgüterindustrie</b>									
Feinkeramik . . . . .	1 420	1 432	-	99	97	97	-	-	-
Glas . . . . .	1 415	1 627	1 658	87	90	90	85	91	91
Holzverarbeitung . . . . .	1 760	1 553	1 431	113	114	114	123	121	122
Musikinstr. u. Spielwaren	1 383	1 241	-	111	111	111	-	-	-
Papier- u. Pappeverarb. . .	<sup>5)</sup> 1 357	1 430	1 555	95	97	97	87	91	91
Druck . . . . .	1 716	1 733	1 974	99	99	99	87	86	86
Kunststoffverarbeitung . .	1 406	1 463	1 653	96	102	103	85	90	93
Lederverarbeitung . . . . .	1 154	1 151	-	100	91	93	-	-	-
Textil . . . . .	1 337	1 326	1 434	101	103	103	93	95	96
Bekleidung . . . . .	1 206	1 046	1 203	115	109	110	100	102	102
<b>Nahrungs- u. Genußmittelindustrie</b>									
Ernährung . . . . .	1 500	1 592	-	94	97	98	-	-	-
Tabak . . . . .	1 733	1 512	-	115	119	122	-	-	-
<b>Verarbeitende Industrie insgesamt</b>	1 622	1 658	1 923	98	97	98	84	93	97

1) Bereinigt nach den Strukturmerkmalen Geschlecht und Stellung im Beruf der Arbeitnehmer; für die verarbeitende Industrie insgesamt zusätzlich nach Industriegruppen/-zweigen. — 2) Eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie, NE-Metallgießerei. — 3) Einschließlich Mineralölverarbeitung. — 4) Einschließlich Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte. — 5) Einschließlich Papiererzeugung.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

dierte 1973 in West-Berlin und in Hamburg mit einer Rate von jeweils 12,5 vH, im gesamten Bundesgebiet mit 12 vH. Im Durchschnitt verdiente 1973 ein Arbeitnehmer dieses Wirtschaftsbereichs in West-Berlin monatlich 1620 DM, in der Bundesrepublik 1660 DM und in Hamburg 1925 DM. Die Berliner Industriedienste lagen somit nur knapp unter dem Niveau des Bundes, aber noch immer beträchtlich unter dem Hamburgs.

Die Einkommenspositionen der beiden Arbeitnehmergruppen — Arbeiter und Angestellte — weichen allerdings deutlich voneinander ab. Mit 2210 DM waren die Durchschnittsgehälter der Angestellten um 1 vH höher als im Bundesgebiet (2190 DM), jedoch um 4,5 vH niedriger als in der Hansestadt (2315 DM). Durchweg ungünstig ist das Bild für West-Berlin aber

bei den Monatslöhnen: Ein Arbeiter verdiente 1973 in der Stadt mit 1395 DM im Durchschnitt um 4,5 vH weniger als in der Bundesrepublik (1465 DM) und um 17 vH weniger als in Hamburg (1680 DM).

Aufschluß über den wichtigsten Grund für das geringere Einkommen liefert die Betrachtung der arbeitszeitbezogenen Entlohnung. Ein Vergleich der Bruttolöhne je geleistete Arbeiterstunde ergibt für West-Berlin eine günstigere Situation als die Gegenüberstellung von Monatseinkommen: Die Stundenlöhne der Arbeiter lagen 1973 mit 9,70 DM nur um 10,5 vH unter denen Hamburgs (10,85 DM); im Vergleich zur Bundesrepublik (9,55 DM) ergibt sich sogar ein Vorsprung von knapp 2 vH.

Die stark unterschiedliche Relation von Stunden- und Jahresverdiensten erklärt sich weitgehend aus

der spezifischen Berliner Bevölkerungsstruktur. In der verarbeitenden Industrie West-Berlins sind 40 vH aller Arbeitnehmer weiblichen Geschlechts; die entsprechende Frauenquote beträgt im Bundesdurchschnitt etwa 30 vH und in Hamburg 25 vH. Da Frauen in stärkerem Maße teilzeitbeschäftigt sind als Männer, senkt der hohe Frauenanteil in West-Berlin nicht nur über die geringeren Verdienste sondern auch über die Arbeitszeitkomponente das Niveau der durchschnittlichen Jahreslöhne.

### **Entwicklung 1974 und Aspekte eines Nettolohnvergleichs**

Die statistischen Daten für die ersten neun Monate des vergangenen Jahres — jüngere Informationen liegen bislang lediglich für die Bundesrepublik vor — deuten darauf hin, daß sich die Einkommensposition Berlins gegenüber dem Bundesgebiet 1974 wieder verbessert hat: Der Vorsprung des Jahres 1972 von 3,5 vH dürfte erreicht, wenn nicht übertroffen worden sein. Diese Entwicklung fügt sich ein in die längerfristig beobachtete Tendenz, daß die West-Berliner Einkommen in konjunkturell schwachen Phasen durchschnittlich stärker steigen als im Bundesgebiet. Sie erklärt sich vor allem aus der unterschiedlichen Beschäftigtenstruktur: Einmal ist in Berlin die Angestelltenquote im Unternehmensbereich vergleichsweise hoch; Einkommensausfälle aus Kurzarbeit haben mithin für die Entwicklung der Durchschnittseinkommen geringeres Gewicht. Zum anderen ist der Anteil des öffentlichen Dienstes — der im Jahre 1974 überdurchschnittliche Lohnsteigerungen durchgesetzt hat — in der Stadt erheblich höher als im Bundesdurchschnitt; von Kurzarbeit ist dieser Bereich jedoch nicht betroffen.

Die Untersuchung beschränkte sich bisher auf die Ermittlung der Bruttoeinkommen; Ziel war es, die von den Arbeitgebern jeweils gezahlten Löhne und Gehälter zu erfassen und interregional zu vergleichen. Für die Einkommensbezieher letztlich relevant sind indes nicht Brutto- sondern Nettoverdienste. Aufgrund des in der gesamten Volkswirtschaft einheitlichen Steuersystems gelten die für die Bruttoverdienste ermittelten Relationen generell auch für die Nettoeinkommen. Die Auswirkungen unterschiedlicher Verdienst- und Familienstrukturen auf den durchschnittlichen Steuersatz der Regionen dürften insgesamt als gering zu veranschlagen sein: Spitzenverdiener mit hohen Steuersätzen werden beispielsweise in Hamburg stärker vertreten sein als in Berlin; die Zahl alleinstehender Arbeitnehmer mit relativ hoher Steuerbelastung wird hingegen in Berlin höher sein. Werden allerdings die Vergünstigungen des Berlinförderungsgesetzes in die Betrachtung einbezogen, so verbessert sich die Netto-Einkommensposition Berlins nicht unerheblich<sup>2</sup>. Unter Berücksichtigung von Arbeitnehmerzulage und Kindergeld dürfte das durchschnittliche Netto-Arbeitnehmereinkommen in der Stadt das entsprechende Niveau in der Bundesrepublik um 10 vH übertreffen und das Hamburger Niveau gut erreichen. Eine solche Konstellation — im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittliches Einkommen, im Vergleich zu anderen Ballungszentren zumindest Einkommensparität — ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß West-Berlin für westdeutsche Arbeitnehmer attraktiv ist.

<sup>2</sup> Wegen ihrer Bindung an das Bruttoeinkommen bewirkt die in Berlin gezahlte Arbeitnehmerzulage selbst dann, wenn die Einkommen in allen Regionen gleich stark steigen, bei der fortschreitenden Steuerprogression eine kontinuierliche Verbesserung der Nettoeinkommensposition West-Berlins.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5

Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt †

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner und Dr. Egon Baumgart

Das Sozialprodukt der DDR bearbeitet von Herbert Wilkens. — *Löhne und Gehälter In West-Berlin 1973* bearbeitet von Kurt Hornschild.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —